

**Absender
CDU-Fraktion und
SPD-Fraktion**

Drucksachen-Nr.

0045/2011

öffentlich

Anträge

**der Fraktion, der/des Stadtverordneten
CDU-Fraktion und SPD-Fraktion**

zur Sitzung:

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung,
Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2011**

Tagesordnungspunkt

**Antrag der SPD-Fraktion vom 29.11.2010 und Antrag der CDU-Fraktion
vom 14.12.2010 zur Realisierung des Autobahnanschlusses an die A4 über
die Bahndammtrasse**

Inhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 29.11.2010, der Rat möge seine bisherigen Beschlüsse zur verkehrlichen Anbindung über die Bahndammtrasse unmittelbar an die A4 bekräftigen. So könne dem Land signalisiert werden, dass die Realisierung des Autobahnanschlusses auch für den neu gewählten Rat oberste Priorität besitzt.

Die CDU-Fraktion schlägt mit ihrem Alternativantrag vom 14.12.2010 neben der Bekräftigung der ursprünglichen Beschlüsse darüber hinaus den Beschluss einer von ihr verfassten Resolution vor.

Beide Anträge wurden durch den Rat am 14.12.2010 gemäß § 6 Abs. 6 Ziffer 3 Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach an den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann überwiesen.

Da sich die Anträge auf den gleichen Sachverhalt beziehen, werden sie in einer Stellungnahme zusammengefasst.

Die Anträge sind der Vorlage als *Anlage* beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aus Sicht der Stadtverwaltung sollte die Planung der Autobahnanbindung zwischen Stadtmitte und Bensberg über den alten Bahndamm (L 286) in Gänze weiter verfolgt werden. Nur die Realisierung beider Teilabschnitte mit Anbindung an die A4 kann zu einer nachhaltigen verkehrlichen Entlastung im Stadtgebiet führen. Der Bau des ersten Abschnittes hätte lediglich eine Verkehrsverlagerung sowie ein deutlich höheres Verkehrsaufkommen insbesondere im Bereich der L136/358 zur Folge. Ein verfrühter Planungsstopp stellt sowohl gegenüber dem Bundesverkehrsministerium als auch gegenüber der Nachbarstadt Köln ein erläuterungsbedürftiges Signal dar. Er verkennt zudem die regionale Dimension des Verkehrsproblems.

Die Städte Köln und Bergisch Gladbach haben bereits seit langer Zeit in Verkehrsangelegenheiten zusammengearbeitet. So wurde vor rund zehn Jahren ein gemeinsames Verkehrsgutachten über Entlastungswirkungen unterschiedlicher Varianten der L 286 N auf Kölner und Bergisch Gladbacher Stadtgebiet beauftragt. Inzwischen untersucht die Stadt Köln zur Entlastung des Kölner Ostens, speziell der Bergisch Gladbacher Straße, drei Verkehrsprojekte:

- eine Querspange zwischen der Eggerbachstraße (Köln-Merheim) und dem Dellbrücker Mauspfad
- eine Anbindung der Anschlussstelle Köln-Mülheim nach Osten (Trasse Dünnwalder Kommunalweg)
- die Ertüchtigung der Bergisch Gladbacher Straße im Umfeld der Anschlussstelle Dellbrück

Aus Sicht beider Stadtverwaltungen ist eine gemeinsame Betrachtung und zusammenhängende Bewertung der Kölner Projekte und der Bahndammtrasse in ihrer vollen Länge und vollständigen Anbindung fachlich sinnvoll und auch regional geboten. Hierbei sind mögliche Synergieeffekte zu erwarten, die nicht nur beiden Städten, sondern auch der gesamten Region dienen.

Für diese Überlegungen ist die konsequente Weiterführung der kompletten Planungen des Landes NRW einschließlich der neuen Anschlussstelle in jedem Falle hilfreich.